

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur fünften Auflage	V
Literaturverzeichnis	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Teil A. Einleitung	1
I. Das Kernproblem	1
II. Das Strafregisterwesen	3
1. Geschichtliche Entwicklung	3
a) Die Strafregisterverordnung von 1882	4
b) Der Strafgesetzbuchentwurf von 1913	4
c) Das Straftilgungsgesetz vom 9. April 1920.	5
d) Änderungen des Straftilgungsgesetzes	5
e) Änderungen der Straftilgungsverordnung nach 1920	6
f) Das Führungszeugnis	7
2. Reformbedürftigkeit des früheren Rechts	7
3. Rechtsgrundlagen und wichtigste Neuerungen des BZRG	8
4. Kritischer Ausblick	10
a) Verständlichkeit des Gesetzestextes.	10
b) Rechtmäßigkeit des Führungszeugnisses in der derzei- tigen Form	11
c) Datenschutzrechtliche Probleme des Behördenfüh- rungszeugnisses	15
d) Privilegierung beim unbeschränkten Auskunftsrecht	15
5. Bisherige Änderungen des Bundeszentralregistergesetzes	16
III. Das Gewerbezentralregister	21
1. Einrichtung des Gewerbezentralregisters.	21
2. Durchführungsvorschriften	22
Teil B. Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister	23
Erster Teil. Registerbehörde	23
§ 1 Bundeszentralregister	23
I. Gesetzgebungskompetenz für das Registerwesen	23
II. Historische Entwicklung der Registerbehörde	24
1. Zusammenführung des Bundesstrafregisters mit den Strafregistern der Länder beim Generalbundesanwalt	24
2. Gründe für die Zusammenführung.	24
3. Bundesamt für Justiz als Registerbehörde	24
III. Aufbau und Funktion der Registerbehörde gemäß Ab- satz 2	25
1. Elektronische Kommunikation von und mit der Regis- terbehörde	26
a) EDV-Umstellung.	26
b) Automatisches Mitteilungs- und Auskunftsverfah- ren	26
c) Umfang des Datenaustauschs	27
2. Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Regis- terbetriebs	27

Inhaltsverzeichnis

3. Beteiligung der Länder	27
IV. Geltungsbereich des Gesetzes	28
V. Regelungsbereich	28
1. Inhaltliche Ausgestaltung	28
2. Abgrenzung zu anderen Registern	28
a) Ausländerzentralregister	28
b) Fahreignungsregister	29
c) Kriminalpolizeiliche Sammlungen	29
d) Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister	29
e) Visa-Warndatei	30
f) Nationales Waffenregister	31
VI. Datenschutz.	31
1. Entwicklung der datenschutzrechtlichen Grundsätze	31
2. Das Bundeszentralregistergesetz als bereichsspezifische Regelung	33
VII. Rechtsmittel	34
1. Beschwerde	34
2. Antrag auf gerichtliche Entscheidung	35
a) Zulässigkeit	35
b) Zuständigkeit.	36
3. Dienstaufsichtsbeschwerde	36
§ 2 (weggefallen)	36
Zweiter Teil. Das Zentralregister	36
Erster Abschnitt. Inhalt und Führung des Registers.	36
§ 3 Inhalt des Registers	36
I. Regelungsgegenstand.	37
II. Rechtsnatur des Bundeszentralregisters und seiner Eintragungen	37
1. Strafrechtliche Einordnung	37
2. Zivilrechtliche Einordnung	37
3. Prozessrechtliche Einordnung	37
III. Gegenstand der Eintragungen.	38
1. Strafergerichtliche Verurteilungen (Nummer 1)	38
2. Entscheidungen von Verwaltungsbehörden und Gerichten (Nummer 3)	38
3. Vermerke über Schuldunfähigkeit (Nummer 4).	38
4. Gerichtliche Feststellungen nach § 17 Abs. 2, § 18 (Nummer 5)	38
5. Nachträgliche Entscheidungen (Nummer 6)	38
IV. Einschränkung der Eintragungspflicht	38
1. Ausländische Entscheidungen	38
2. Entscheidungen betreffend psychisch Kranke	39
3. Sonstige verfahrenseinleitende oder -abschließende Entscheidungen	39
4. Keine Mitziehungwirkung der Entscheidungen nach Nummern 3 und 4	39
§ 4 Verurteilungen	41
I. Regelungsgegenstand.	41
II. Eintragungsvoraussetzungen.	41
1. Rechtskraft.	41

2.	Deutsche Gerichtsbarkeit	41
3.	Rechtswidrige Tat	42
4.	Rechtsfolgen	43
	a) Nummer 1: Strafe	43
	b) Nummer 2: Maßregeln der Besserung und Sicherung	44
	c) Nummer 3: Verwarnungen mit Strafvorbehalt	45
	d) Nummer 4: Schuldspruch gemäß § 27 JGG	45
§ 5	Inhalt der Eintragung	45
I.	Regelungsgegenstand	46
II.	Einzutragende Daten gemäß Absatz 1	46
1.	Personendaten der Verurteilten (Nummer 1)	46
a)	Geburtsname	46
b)	Vornamen	47
c)	Geschlecht	47
d)	Geburtsdatum	47
e)	Geburtsort	47
f)	Staatsangehörigkeit	47
g)	Anschrift	47
h)	Abweichende Personendaten	48
2.	Entscheidende Stelle samt Geschäftsnummer (Nummer 2)	48
3.	Tag der Tat (Nummer 3)	48
4.	Tag des ersten Urteils (Nummer 4)	49
5.	Tag der Rechtskraft (Nummer 5)	49
6.	Rechtliche Bezeichnung der Tat und Angabe der angewendeten Strafvorschrift (Nummer 6)	49
a)	Rechtliche Bezeichnung der Tat	49
b)	Zur Anwendung gekommene Vorschriften	49
7.	Sanktion (Nummer 7)	49
a)	Hauptstrafen	49
b)	Nebenstrafen	50
c)	Kraft Gesetzes eintretende, neben einer Strafe oder selbständig angeordnete Nebenfolgen	50
d)	Höhe der vorbehaltenen Strafe	51
e)	Maßnahmen	51
III.	Einzutragende Daten im Jugendstrafrecht	51
IV.	Nicht einzutragende Daten	52
1.	Nichtanrechnung der Untersuchungshaft	52
2.	Entscheidungen im Adhäsionsverfahren	52
3.	Geldbuße neben Strafe	52
§ 6	Gesamtstrafe und Einheitsstrafe	52
I.	Regelungsgegenstand	52
II.	Gesamtstrafenbildung gem. § 55 StGB, § 460 StPO; Bildung einer einheitlichen Jugendstrafe gem. § 31 Abs. 2 JGG, § 66 JGG	53
1.	Gesamtstrafenbildung durch Einbeziehung einer rechtskräftigen Verurteilung	53
2.	Nachträgliche Gesamtstrafenbildung durch Beschluss	53
III.	Auflösung eines gemäß § 460 StPO herbeigeführten Gesamtstrafenbeschlusses	53
IV.	Strafaussetzung zur Bewährung	54

Inhaltsverzeichnis

V.	Von Gesetzes wegen eintretende Rechtsfolgen	54
VI.	Zusätzlich verhängte Nebenstrafen, Nebenfolgen und Maßnahmen i. S. d. § 11 Nr. 8 StGB	54
VII.	Einbeziehung von nicht zentralregisterpflichtigen Entscheidungen	55
VIII.	Besonderheiten im Jugendstrafrecht.	55
	1. Privilegierung von Jugendlichen bei Fristberechnung	55
	2. Verhältnis von Zentralregister zu Erziehungsregister	55
	3. Schuldspruch nach § 27 JGG.	56
	4. Einbeziehung von Freiheitsstrafen in Einheitsjugendstrafen	56
IX.	Fristberechnung in den Fällen der Gesamtstrafenbildung	56
X.	Hinweispflicht der Registerbehörde auf Gesamtstrafenbildung.	56
§ 7	Aussetzung zur Bewährung	56
	I. Regelungsgegenstand.	56
	II. Eintragungspflicht von Bewährungsaussetzung und -zeit (Absatz 1)	57
	III. Eintragungspflicht der Bewährungshilfeunterstellung (Absatz 2).	57
	IV. Eintragungspflicht bei Verwarnung mit Strafvorbehalt und Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe (Absatz 3).	58
§ 8	Sperre für Fahrerlaubnis	58
	I. Regelungsgegenstand.	58
	II. Dauer der Sperrfrist	59
	III. Unzulässige, aber rechtskräftige Gerichtsentscheidungen.	59
§ 9	(aufgehoben).	59
§ 10	Entscheidungen von Verwaltungsbehörden und Gerichten	59
	I. Regelungsgegenstand.	60
	II. Eintragung von verwaltungsbehördlichen Entscheidungen gemäß Absatz 1	61
	1. Entfernung von Personen nach NATO-Truppenstatut (Nummer 1)	61
	2. Passversagung und Ausreiseverbot (Nummer 2)	62
	3. Untersagung des Schusswaffenbesitzes und Ablehnung, Zurücknahme oder Widerruf von Waffenscheinen nach dem Waffen- und dem Sprengstoffgesetz (Nummer 3)	62
	III. Eintragung von Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen gewerberechtl. Art gemäß Absatz 2	62
	1. Zweck der Eintragung	62
	2. Zulässigkeit der Eintragung	63
	3. Sachliche Voraussetzung der Eintragung	63
	4. Inhalt der Eintragung.	64
	a) Voraussetzung von ver- und untersagenden Entscheidungen.	64
	b) Negativentscheidungen im Bereich der rechtsberatenden Berufe.	64
	c) Negativentscheidungen im Bereich der Heilberufe	65
	aa) Berufsrechtliche Maßnahmen	65
	bb) Strafrechtliche Maßnahmen	66

cc) Informationsfluss innerhalb der EU	66
d) Teilweise Untersagung	67
5. Verbot der Ausbildung oder Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen	67
6. Eintragung bei Vertretungsberechtigten	67
IV. Eintragung der Unanfechtbarkeit gemäß Absatz 3	67
V. Auskunftsberechtigung und Aufnahmezeiten	67
§ 11 Schuldunfähigkeit	67
I. Regelungsgegenstand.	68
1. Umfang der Regelung.	68
2. Positive Auswirkungen der Eintragung	68
3. Negative Auswirkungen der Eintragung	69
4. Kritik an der vormaligen Regelung.	69
5. Grenze der Mitteilungspflicht	69
II. Voraussetzung der Eintragungspflicht gemäß Absatz 1	69
1. Abschluss des Verfahrens wegen Schuldunfähigkeit durch gerichtliche Entscheidung.	69
a) Schuldunfähigkeit	70
b) Verhandlungsunfähigkeit	70
c) Eintragung bei Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung neben Freispruch	70
d) Eintragung bei teilweisem Freispruch.	71
e) Nachträgliche Feststellung der Schuldunfähigkeit	71
2. Abschluss des Verfahrens wegen Schuldunfähigkeit durch staatsanwaltschaftliche Verfügung.	71
a) Stand des Ermittlungsverfahrens	71
b) Fehlende Rechtsmittel	73
c) Nachteile der Verfahrenseinstellung.	73
3. Gerichtliche Entscheidungen im Sicherungsverfahren.	73
4. Medizinisches Sachverständigengutachten	74
a) Eintragungsvoraussetzung	74
b) Alter des Gutachtens.	75
5. Eintragungsumfang	75
III. Unterrichtungspflicht gemäß Absatz 2	75
IV. Eintragung der Schuldunfähigkeit Jugendlicher gemäß Absatz 3	76
V. Auskunftsberechtigung	76
VI. Entfernung der Eintragung.	76
VII. Inkrafttretensregelungen des 4. BZRÄndG	77
§ 12 Nachträgliche Entscheidungen nach allgemeinem Strafrecht	78
I. Regelungsgegenstand.	79
II. Anwendungsbereich	79
III. Eintragungspflicht nach Absatz 1	79
1. Strafrestaussatzung	79
2. Bewährungshilfe und Bewährungszeit	80
3. (Teil-)Erlass der Strafe	80
4. Wechsel der Maßregel	80
5. Bewährungswiderruf	81
6. Aufhebung der Bewährungshilfe	81
7. Nebenfolgen	81
8. Aufhebung der Sperre für die Fahrerlaubnis.	81

Inhaltsverzeichnis

9. Vorbehaltene Sicherungsverwahrung	81
10. Nachträgliche Sicherungsverwahrung	81
IV. Eintragungspflicht gemäß Absatz 2	81
§ 13 Nachträgliche Entscheidungen nach Jugendstrafrecht	82
I. Regelungsgegenstand.	83
II. Eintragungspflicht gemäß Absatz 1	83
1. Nachträgliche Aussetzung der Jugendstrafe zur Bewäh- rung durch Beschluss	83
2. Strafrestaussatzung und Bewährungszeit	83
3. (Teil-) Erlass der Jugendstrafe	83
4. Beseitigung des Strafmakels.	83
5. Bewährungswiderruf	84
III. Eintragungspflicht gemäß Absatz 2	84
1. Tilgung	85
2. Einbeziehung in Erziehungsmaßregel oder Zuchtmittel	86
3. Einbeziehung in einheitliche Jugendstrafe	86
4. Verhängung von Jugendstrafe	86
IV. Entfernung der Eintragung gemäß Absatz 3	86
§ 14 Gnadenerweise und Amnestien	86
I. Regelungsgegenstand.	87
II. Umfang der Norm	87
1. Gnadenerweis	87
2. Amnestie	87
a) Aufhebung der Vollstreckbarkeit rechtskräftiger Strafen	87
b) Weihnachtsamnestie im Strafvollzug	88
3. Gesetzliche Anordnung der Nichtaufnahme oder Til- gung	88
III. Registerrechtliche Wirkung des Gnadenerweises	88
IV. Umfang der Eintragungspflicht	88
1. Nebenstrafen und Nebenfolgen	88
2. Geldstrafe	88
3. Ausländische Gnadenerweise.	88
4. Strafvollstreckung	88
§ 15 Eintragung der Vollstreckung und des Freiheitsentzugs	89
I. Regelungsgegenstand.	89
II. Eintragungspflicht nach § 15 Nr. 1	89
1. Freiheitsstrafe, Strafrest, Jugendstrafe	89
a) Teilverbüßung	90
b) Bewährungsaussetzung	90
c) Auslandsvollstreckung.	90
d) Auslandsinhaftierung und Abschiebehaft	90
e) Absehen von Vollstreckung	90
f) Umwandlung von Freiheits- in Geldstrafe.	90
g) Maßregelvollstreckung	91
h) Amnestie.	91
2. Maßregeln der Besserung und Sicherung	91
a) Erledigungserklärung	91
b) Fristablauf.	91
c) Berufsverbot	91
3. Geldstrafe	91

4.	Nebenstrafen und Nebenfolgen	91
5.	Sperre für die Erteilung einer Fahrerlaubnis	91
6.	Erledigung auf andere Weise	91
7.	Rechtliche Auswirkungen der Eintragung der Vollstreckung	92
8.	Mitteilungspflicht der Vollstreckungsbehörde	92
III.	Eintragungspflicht nach § 15 Nr. 2	92
IV.	Eintragungspflicht nach § 15 Nr. 3	93
§ 16	Wiederaufnahme des Verfahrens	94
I.	Regelungsgegenstand	94
II.	Auswirkungen vor Abschluss des Wiederaufnahmeverfahrens	94
1.	Aufnahme der Verurteilung in ein Führungszeugnis	94
a)	Aufnahme in Behördenführungszeugnis; teilweise Wiederaufnahme	94
b)	Mitzieheffekt	95
2.	Aufnahme der Verurteilung in eine unbeschränkte Auskunft	95
3.	Aufnahme der Verurteilung in eine Auskunft aus dem Erziehungsregister	95
4.	Tilgung anderer Eintragungen	95
III.	Auswirkungen nach Abschluss des Wiederaufnahmeverfahrens	95
IV.	Fristen	96
§ 17	Sonstige Entscheidungen und gerichtliche Feststellungen	96
I.	Regelungsgegenstand	97
II.	Eintragungspflicht gemäß Absatz 1	97
1.	Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35 BtMG	97
a)	Betäubungsmittelabhängigkeit	98
b)	Kausalzusammenhang	98
c)	Länge des Strafrestes	98
d)	Therapie(zusage)	98
e)	Zustimmung des Gerichts	98
2.	Eintragung der Entscheidung in das Zentralregister	98
3.	Registerrechtliche Folgen	99
a)	Nichtaufnahme der Jugendstrafe in das Führungszeugnis	99
b)	Nichtaufnahme der Freiheitsstrafe in das Führungszeugnis	99
c)	Nichtaufnahme der Anordnung nach § 64 StGB in das Führungszeugnis	99
d)	(Nicht-)Aufnahme in unbeschränkte Auskunft	99
4.	Widerruf der Zurückstellung	100
III.	Eintragungspflicht gemäß Absatz 2	100
1.	Strafmaß	100
2.	Gerichtliche Feststellung des Kausalzusammenhangs von Straftat und Abhängigkeit	100
3.	Registerrechtliche Folgen	100
a)	Nichtaufnahme in das Führungszeugnis	101
b)	(Nicht-)Aufnahme in die unbeschränkte Auskunft	101

Inhaltsverzeichnis

§ 18 Straftaten im Zusammenhang mit der Ausübung eines Gewerbes	101
I. Regelungsgegenstand.	101
II. Vorliegen eines Gewerbezusammenhangs	102
§ 19 Aufhebung von Entscheidungen	102
I. Regelungsgegenstand.	102
II. Entfernung von Eintragungen gemäß Absatz 1	102
1. Gegenstandslosigkeit der Entscheidung	103
2. Vorliegen einer neuen Entscheidung	103
3. Änderung der eingetragenen Entscheidung.	103
III. Entfernung von Eintragungen gemäß Absatz 2	103
1. Wegfall der Vollziehbarkeit.	103
2. Fristablauf	103
IV. Befristung	104
§ 20 Mitteilungen, Berichtigungen, Sperrvermerke	104
I. Regelungsgegenstand.	105
II. Mitteilungspflichtige Stellen (Absatz 1 Satz 1)	105
1. Vollstreckungsbehörden	105
2. Verwaltungsbehörden und Gerichte	105
3. Strafverfolgungsbehörden	106
4. Ergänzende Vorschriften.	106
III. Form der Mitteilung	106
IV. Mitteilungsfrist	107
V. Berichtigung fehlerhafter Mitteilungen (Absatz 1 Satz 2 bis 5)	107
1. Unrichtige Mitteilungen	107
2. Offenkundige Unrichtigkeit.	107
3. Information über die Berichtigung	108
a) Beauskunftete Stellen	108
b) Mitteilende Stellen	108
c) Fristverlängerung	108
d) Verzicht auf Befristung in besonderen Fällen.	108
VI. Sperrung von Eintragungen (Absatz 2).	109
VII. Kreis der Auskunftsberechtigten bei Sperrung der Daten (Absatz 3)	109
§ 20a Namensänderung	110
I. Regelungsgegenstand.	110
II. Mitteilende Behörde	111
III. Form und Umfang der Übermittlung	112
1. Rechtsgrundlage der automatisierten Datenübermittlung durch die Meldebehörde	112
2. Namensübermittlung in Fällen von Adoption und Geschlechtsumwandlung	112
3. Umfang der Übermittlung.	113
IV. Verwendungszweck (Absatz 3)	113
1. Aktualisierung des Datenbestandes von Bundes- und Gewerbezentralregister	113
2. Aktualisierung des Datenbestandes des Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters	113
3. Vernichtungsgebot	113
§ 21 (weggefallen)	113

§ 21a Automatisiertes Auskunftsverfahren	113
I. Regelungsgegenstand.	114
II. Anlass der Einstellung.	114
1. Datenaustausch vor der Automatisierung	114
a) Behandlung eingehender Mitteilungen	114
b) Behandlung von Auskunftersuchen	114
2. Datenaustausch in automatisierter Form	115
3. Zulässigkeit der automatisierten Datenübermittlung	116
III. Protokollierung	117
§ 22 Hinweispflicht der Registerbehörde	117
I. Regelungsgegenstand.	118
II. Hinweispflicht gemäß Absatz 1.	118
1. Hinweispflicht auslösende Mitteilungen	118
2. Dauer der Hinweispflicht	118
a) Widerrufsmöglichkeit	118
b) Ende der Hinweispflicht	118
3. Mitteilung zum Zentralregister	119
4. Adressatin des Hinweises	119
5. Hinweispflicht bei Aussetzung von Maßregeln der Besserung und Sicherung	119
III. Hinweispflicht gemäß Absatz 2.	119
IV. Hinweispflicht gemäß Absatz 3.	119
V. Hinweispflicht gemäß Absatz 4.	120
§ 23 Hinweis auf Gesamtstrafenbildung.	120
I. Regelungsgegenstand.	120
II. Umfang der Hinweispflicht	120
1. Prüfpflicht der Registerbehörde	120
2. Form des Hinweises.	121
3. Zweck des Hinweises.	122
III. Registerrechtliche Folgen der Gesamtstrafenbildung.	122
1. Gesamtstrafenbildung bei Bagatelldelikten.	122
2. Verbüßte, verjährte oder erlassene Einzelstrafen	122
3. Mitzieheffekt der Einzelstrafen	122
§ 24 Entfernung von Eintragungen	122
I. Regelungsgegenstand.	123
II. Entfernung von Eintragungen bezüglich verstorbener Personen gemäß Absatz 1.	123
1. Frist für die Entfernung	123
2. Auskunftserteilung während der Überliegefrist	124
3. Unterschied der Entfernung zur Tilgung	124
a) Materielle Rechtswirkungen	124
b) Entfernung ohne Tilgung	124
III. Entfernung von Eintragungen aus Altersgründen gemäß Absatz 2	124
IV. Entfernung von Eintragungen von Schuldunfähigkeitsvermerken gemäß Absatz 3 und 4	124
1. Frühere Rechtslage	124
2. Neuregelung.	125
3. Fristen	125
4. Mitziehregelung	126
V. Inkrafttretensregelung	126

Inhaltsverzeichnis

§ 25 Anordnung der Entfernung	127
I. Regelungsgegenstand.	128
II. Voraussetzungen für die vorzeitige Entfernung	128
1. Antragerfordernis.	128
a) Antragsberechtigung	128
b) Adressat des Antrags.	129
c) Antragsbegründung	129
2. Zuständigkeit	129
3. Mitwirkung der entscheidenden Stelle.	129
a) Offensichtliche Unzulässigkeit oder Unbegründetheit	129
b) Art der Mitwirkung	129
4. Rehabilitierungsinteresse.	130
5. Kein entgegenstehendes öffentliches Interesse.	130
a) Interesse der Allgemeinheit.	130
b) Interesse der Betroffenen	130
c) Ermessen der Registerbehörde	131
aa) Einzubeziehende Gesichtspunkte	131
bb) Überprüfung der Ermessensentscheidung.	131
6. Sachverständigenanhörung	132
a) Ausnahmsweises Absehen von Anhörung.	132
b) Auswahl der Sachverständigen	132
c) Vorlage des Gutachtens durch die Betroffenen.	132
d) Umfang und Form der Ermittlungen	132
III. Anordnung bzw. Ablehnung der vorzeitigen Entfernung.	133
1. Rechtliche Qualifikation.	133
2. Rechtsmittelbelehrung	133
IV. Rechtsmittel	133
1. Förmliche Beschwerde	133
2. Form der Beschwerde.	133
3. Fristversäumung	133
4. Wiedereinsetzung	134
5. Beschwerdeberechtigung.	134
6. Beschwerdeinstanz.	134
7. Antrag auf gerichtliche Entscheidung	134
8. Frist und Begründung.	134
9. Zuständigkeit des Gerichts	135
10. Kosten des Rechtsmittelverfahrens	135
§ 26 Zu Unrecht entfernte Eintragungen	136
I. Regelungsgegenstand.	136
II. Voraussetzungen für die Wiedereintragung	136
1. Unrichtige Mitteilung, Rechtsirrtum.	136
2. Gewährung rechtlichen Gehörs	137
III. Registerrechtliche Behandlung zwischen Entfernung und Wiedereintragung	137
IV. Rechtsmittel	137
Zweiter Abschnitt. Suchvermerke	137
§ 27 Speicherung	137
I. Regelungsgegenstand.	138
II. Ziele der Speicherung von Suchvermerken	138

1.	Festnahme einer Person, die gem. § 131 StPO zur Festnahme ausgeschrieben ist	138
2.	Aufenthaltsfeststellung	139
3.	Zusammenfassung mehrerer Vorgänge	139
4.	Information unbeschränkt auskunftsberechtigter Behörden.	139
III.	Zweck der Speicherung von Suchvermerken	139
1.	Erfüllung hoheitlicher Aufgaben	139
2.	Ermittlung des Aufenthaltsortes.	140
3.	Umsetzung internationaler Abkommen	140
a)	Kinderschutz	140
b)	Schutzbedürftige Erwachsene	141
c)	Unterhaltsansprüche	141
IV.	Befugnis zur Ausschreibung	141
1.	Deutsche Behörden	141
2.	Hoheitliche Aufgaben.	141
V.	Verpflichtung zur Speicherung	142
VI.	Rechtsfolgen der Speicherung.	142
1.	Registerauskunft	142
2.	Hemmung von Fristen	142
3.	Speicherung im Erziehungsregister	143
§ 28	Behandlung	143
I.	Regelungsgegenstand.	143
II.	Auskunft der Registerbehörde gemäß Absatz 1	143
1.	Auskunftserteilung bei vorhandenem Registereintrag.	143
a)	Gegenstand des Auskunftersuchen	143
b)	Gegenstand der Auskunftserteilung	144
c)	Tilgungsreife Eintragungen.	144
2.	Auskunftserteilung bei später eingehendem Registereintrag.	144
III.	Auskunft der Registerbehörde gemäß Absatz 2	144
IV.	Hinweispflicht der Registerbehörde	144
V.	Speicherung von Suchvermerken im Erziehungsregister.	144
§ 29	Erledigung	144
I.	Regelungsgegenstand.	145
II.	Erledigung der Anfrage gemäß Absatz 1.	145
III.	Entfernung des Suchvermerks gemäß Absatz 2	145
Dritter Abschnitt. Auskunft aus dem Register		145
1. Führungszeugnis.		145
§ 30	Antrag.	145
I.	Allgemeines	146
1.	Formen der Registerauskunft.	146
2.	Bedeutung des Führungszeugnisses	147
3.	Anspruch auf Erteilung eines Führungszeugnisses	148
II.	Regelungsgegenstand.	148
III.	Antragserfordernis (Absatz 1).	148
IV.	Antragstellung (Absätze 2, 3)	148
1.	Wohnsitz innerhalb Deutschlands (Absatz 2)	149
a)	Persönliche Antragstellung	149
b)	Schriftliche Antragstellung	149
c)	Prüfpflicht der Meldebehörden	150

Inhaltsverzeichnis

d) Örtliche Zuständigkeit	150
e) Weiterleitung des Antrags an die Registerbehörde	150
2. Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes (Absatz 3)	150
V. Gebührenerhebung (Absatz 2)	151
1. Unentgeltlichkeit der Auskunft	151
2. Gebührenpflicht des Führungszeugnisses	151
3. Gebührenermäßigung; Absehen von Gebührenerhebung	152
VI. Übersendung des Führungszeugnisses (Absatz 4–6)	152
1. Antragstellung innerhalb Deutschlands (Absatz 4, 5)	152
a) Übersendung privater Führungszeugnisse	152
b) Übersendung von Behördenführungszeugnissen	153
2. Antragstellung im Ausland	155
VII. Ersteinsichtsrecht in das Behördenführungszeugnis gemäß Abs. 5	155
1. Einsichtsrecht der Antragstellenden	155
2. Hinweispflicht der Meldebehörden	156
3. Verfahren nach Einsichtnahme	156
4. Einsichtnahme bei ausländischem Wohnsitz	156
VIII. Rechtliche Qualifikation und Rechtsmittel	156
1. Justizverwaltungsakt	156
2. Folgen der Erteilung fehlerhafter Führungszeugnisse	156
3. Form	157
4. Rechtsmittel	157
§ 30a Antrag auf ein erweitertes Führungszeugnis	157
I. Regelungsgegenstand	157
II. Inhalt des erweiterten Führungszeugnisses	158
1. Unterschied zum einfachen Führungszeugnis	158
2. Fristen	159
III. Materielle Voraussetzungen für die Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses gemäß Absatz 1	159
1. Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses aufgrund gesetzlicher Verpflichtung gem. Abs. 1 Nr. 1	159
2. Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses gem. Abs. 1 Nr. 2a zur Prüfung der persönlichen Eignung nach § 72a SGB VIII	160
3. Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses gem. Abs. 1 Nr. 2b zur beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit im Kinder- und Jugendbereich	161
a) Bewerbung um eine Arbeitsstelle	161
b) Beginn einer Ausbildung	162
c) Berufszulassung	163
4. Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses gem. Abs. 1 Nr. 2c für Tätigkeiten mit Kontakt(möglichkeit)en zu Minderjährigen	163
IV. Formale Voraussetzungen für die Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses gemäß Absatz 2	164
1. Besondere Regelung zur Antragstellung gem. Abs. 2 S. 1	164
2. Geltung der allgemeinen Regeln zur Antragstellung gemäß Absatz 2 Satz 2	165

3.	Gebühren für das erweiterte Führungszeugnis	165
a)	Gebührenpflicht	165
b)	Gebührenbefreiung	165
4.	Umfang der Prüfpflicht von Meldebehörde und Registerbehörde	167
§ 30b	Europäisches Führungszeugnis	167
I.	Regelungsgegenstand	167
II.	Voraussetzungen für die Erteilung	168
1.	Antragsberechtigung	168
a)	In Deutschland wohnende EU-Bürgerinnen und -Bürger	168
b)	Staatenlose und Drittstaatler	168
c)	Außerhalb Deutschlands wohnhafte EU-Bürgerinnen und -Bürger	168
2.	Antragstellung	169
a)	Einfaches Europäisches Führungszeugnis	169
b)	Erweitertes Europäisches Führungszeugnis	169
c)	Behördenführungszeugnisse nach § 31	169
3.	Gebühr	169
III.	Inhalt des Europäischen Führungszeugnisses	169
IV.	Übernahme der Angaben in das Register	170
V.	Verfahren	170
VI.	Beantragung des Europäischen Führungszeugnisses in elektronischer Form	170
§ 30c	Elektronische Antragstellung	171
I.	Regelungsgegenstand	172
II.	Antragserfordernis	172
1.	Weg der elektronischen Antragstellung gemäß Absatz 1	172
a)	Elektronische Antragstellung ausschließlich bei der Registerbehörde	172
b)	Elektronische Antragstellung über die Internetseite der Registerbehörde	173
2.	Identitätsnachweis	173
a)	Elektronischer Identitätsnachweis gemäß Absatz 2 Satz 1 und 2	173
b)	Identitätsnachweis gemäß Absatz 2 Satz 3 mit Personalausweisen bzw. Aufenthaltstiteln, in denen der Geburtsname (noch) nicht gespeichert ist	174
c)	Verwendung anderer schriftformersetzender Technologien	175
d)	Vertretung bei der elektronischen Antragstellung	176
3.	Übermittlung der Daten und Beifügung von Anlagen gemäß Absatz 3	176
a)	Angabe der Staatsangehörigkeit	176
b)	Beifügung von Anlagen	177
c)	Abgabe einer Versicherung an Eides statt	177
4.	Versendung des Führungszeugnisses durch die Registerbehörde gemäß Abs. 4 Satz 2	178
5.	Gebührenerhebung	178
III.	Formen der Führungszeugnisse, die auf elektronischem Weg beantragt werden können	179

Inhaltsverzeichnis

1. Einfaches und erweitertes (Behörden)Führungszeugnis.	179
2. Europäisches Führungszeugnis.	179
§ 31 Erteilung des Führungszeugnisses und des erweiterten Führungszeugnisses an Behörden.	179
I. Regelungsgegenstand.	180
II. Voraussetzung für die Erteilung des (einfachen) Behördenführungszeugnisses	180
1. Behörde als Antragstellerin	180
2. Verwendungszweck	180
3. Erfolgreiche oder unsachgemäße Vorlageaufforderung	181
a) Unsachgemäßes Verlangen	181
b) Sachgemäßes Handeln.	181
c) Erfolgreiche Aufforderung	181
4. Form und Inhalt der Auskunftsanforderung.	182
5. Prüfpflicht der Registerbehörde	182
6. Privilegierung der Behörden	182
7. Vertrauliche Behandlung der Auskünfte	183
8. Sonstige behördenübergreifende Wege der Informationsbeschaffung	183
III. Einsichtsrecht	183
IV. Voraussetzung für die Erteilung eines erweiterten Behördenführungszeugnisses gemäß Absatz 2	183
1. Zweck des erweiterten Behördenführungszeugnisses	183
2. Auskunft von Amts wegen	184
3. Einsichtsrecht	184
§ 32 Inhalt des Führungszeugnisses	184
I. Regelungsgegenstand.	186
II. Inhalt des (privaten) Führungszeugnisses	186
1. Absatz 1: Grundsatz der Aufnahme aller Eintragungen	186
2. Absatz 2: Ausnahmen und Gegenausnahmen	187
3. Suchvermerke	188
4. Verurteilungen ausländischer Gerichte	188
III. Ausnahmen von der Aufnahmepflicht gemäß Absatz 2	188
1. Verwarnung mit Strafvorbehalt	188
a) Keine Aufnahme trotz Sexualdelikts	188
b) (Nicht-)Aufnahme im Fall der Verhängung der Strafe	189
2. Schuldspruch nach Jugendstrafrecht	189
a) Keine Aufnahme trotz Sexualdelikts	189
b) (Nicht-)Aufnahme im Fall der Verhängung der Jugendstrafe	189
c) Entfernung bei Tilgung des Schuldspruchs	189
3. Jugendstrafe auf Bewährung	190
a) Grundsätzlich keine Aufnahme bei Bewährungsaussetzung	190
b) Keine Vergünstigung bei Sexualdelikten	190
c) Maßgebliche Strafhöhe	190
d) Privilegierung von therapiewilligen jungen Drogenabhängigen	191
4. Strafmakelbeseitigung	191
a) Keine Aufnahme bei Strafmakelbeseitigung.	191
b) Keine Vergünstigung bei Sexualdelikten	192

5. Bagatelldelikte	192
a) „Weitere Strafe“	192
b) Geldstrafe neben Freiheitsstrafe	193
c) Maßregel, Nebenstrafen oder Nebenfolgen neben Hauptstrafe	193
6. Delikte der Beschaffungskriminalität bei Verurteilung nach Erwachsenenstrafrecht	194
a) Privilegierung von therapiewilligen erwachsenen Drogenabhängigen	194
b) Festgestellter Kausalzusammenhang zwischen Dro- genabhängigkeit und Straffälligkeit	194
7. Delikte der Beschaffungskriminalität bei Verurteilung nach Jugendstrafrecht	195
8. Maßregeln, Nebenstrafen und Nebenfolgen	195
a) Selbständige Anordnung	195
b) Anordnung neben Schuldspruch nach § 27 JGG	195
9. Wiederaufnahmeverfahren	196
a) Grundsatz der Nichtaufnahme der Eintragung	196
b) Keine „weitere“ Strafe	196
10. Abweichende Personendaten	196
11. Eintragungen nach §§ 10 und 11	196
12. Vorbehaltene Sicherungsverwahrung	196
IV. Inhalt des Behördenführungszeugnisses gemäß Absatz 3	197
1. Freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Si- cherung	197
a) Sicherungsverwahrung; Unterbringung in der Psy- chiatric	197
b) Unterbringung in einer Entziehungsanstalt	197
c) Anordnung neben Strafe	197
d) Freiheitsentziehende Maßregel neben nicht in das Führungszeugnis aufzunehmender Hauptstrafe	197
2. Entscheidungen von Verwaltungsbehörden und Gerich- ten	198
3. Entscheidungen und Verfügungen aufgrund von Schuldunfähigkeit	198
4. Offenbarungspflicht und Verwertungsverbot	199
5. Informationsweitergabe trotz Auskunftsbeschränkung	199
6. Abweichende Personendaten	199
V. Inhalt des Gewerbebehördenführungszeugnisses gemäß Absatz 4	199
1. Gewerbezusammenhang	200
2. Voraussetzung des Auskunftsrechts	200
3. Eintragungsumfang	200
VI. Inhalt des erweiterten Führungszeugnisses gemäß Ab- satz 5	200
§ 33 Nichtaufnahme von Verurteilungen nach Fristablauf	201
I. Regelungsgegenstand	201
II. Sachlicher Geltungsbereich der Fristenregelung des Absat- zes 1	201
1. Verurteilung	201
2. Verzichtsmöglichkeit	201
3. Ergänzende Eintragungen und Nebenstrafen	201

Inhaltsverzeichnis

4.	Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus.	202
5.	Neue Mitteilung nach Fristablauf.	202
III.	Ausnahmeregelung gemäß Absatz 2.	202
1.	Lebenslange Freiheitsstrafe	202
2.	Sicherungsverwahrung	203
3.	Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus.	203
§ 34	Länge der Frist	203
I.	Regelungsgegenstand.	204
II.	Die Dreijahresfrist gemäß Absatz 1 Nr. 1	205
1.	Freiheitsstrafen	205
2.	Jugendstrafen	205
III.	Die Zehnjahresfrist	205
1.	Die Zehnjahresfrist gemäß Absatz 1 Nr. 2	205
2.	Die Zehnjahresfrist gemäß Absatz 2	206
IV.	Die Fünfjahresfrist gemäß Absatz 1 Nr. 3	206
V.	Fristverlängerungen gemäß Absatz 3	206
§ 35	Gesamtstrafe, Einheitsstrafe und Nebenentscheidungen	207
I.	Regelungsgegenstand.	207
II.	Fristberechnung bei Gesamt- oder einheitlichen Jugendstrafen gemäß Absatz 1	207
1.	Sinn der Gesamtstrafenbildung gem. § 53 StGB, § 31 Abs. 1 JGG	207
a)	Grundlage der Fristberechnung.	208
b)	Einzelstrafen	208
2.	Nachträgliche Gesamtstrafenbildung gem. § 55 StGB, § 31 Abs. 2 JGG	208
3.	Nachträgliche Gesamtstrafenbildung gem. § 460 StPO, § 66 JGG	208
4.	Neben Gesamtstrafen verhängte Einzel- oder Gesamtstrafen	209
III.	Fristberechnung bei Nebenentscheidungen gemäß Absatz 2	209
1.	Regelungsgegenstand	209
2.	Auswirkungen von Nebenstrafen und Nebenfolgen.	209
3.	Auswirkungen von Maßregeln der Besserung und Sicherung	209
4.	Gleichzeitig verhängte Jugend- und Freiheitsstrafen.	209
§ 36	Beginn der Frist.	209
I.	Regelungsgegenstand.	210
II.	Fristbeginn gemäß Satz 1	210
III.	Sonderfälle gemäß Satz 2	210
1.	Nachträgliche Gesamtstrafenbildung; einheitliche Jugendstrafe	210
2.	Verurteilungen nach Schuldspruch und Verwarnung mit Strafvorbehalt	211
3.	Entscheidungen im Wiederaufnahmeverfahren	211
§ 37	Ablaufhemmung	211
I.	Regelungsgegenstand.	212
II.	Ablaufhemmung gemäß Absatz 1	212
1.	Rechts- und Fähigkeitsverlust gemäß § 45 StGB.	212
2.	Eintritt des Rechts- und Fähigkeitsverlusts.	212

3.	Hemmungswirkung auch bei fehlender Rechtsinhaberschaft	213
4.	Ende des Rechts- und Fähigkeitsverlusts	213
5.	Rechts- und Fähigkeitsverlust durch ausländische Verurteilungen	213
III.	Ablaufhemmung gemäß Absatz 2	213
1.	Regelungserfordernis	213
2.	Voraussetzung des Hemmungseintritts	213
3.	Fehlende Vollstreckungserledigung oder fehlender Straferlass	213
a)	Erledigung.	213
b)	Straferlass	213
c)	Vollstreckungserledigung bei neben Freiheitsstrafe verhängter Geldstrafe	214
d)	Vollstreckungserledigung der Geldstrafe.	214
4.	Fehlende Vollstreckungserledigung einer Maßregel	214
a)	Art der Maßregel	214
b)	Erledigungsgründe	214
c)	Maßregel neben Strafe.	215
5.	Nachträgliches Bekanntwerden fehlender Vollstreckungserledigung.	215
6.	Untersagung der Erteilung einer Fahrerlaubnis.	215
§ 38	Mehrere Verurteilungen	215
I.	Regelungsgegenstand.	215
II.	Grundsatz der Vollständigkeit des Führungszeugnisses gemäß Absatz 1.	216
1.	Mitzieheffekt auslösende Eintragungen	216
2.	Mehrere Verurteilungen	216
a)	Freiheitsentziehende Strafen und Geldstrafen	216
b)	Gesamtstrafen, einheitliche Jugendstrafen.	216
c)	Neben Gesamtstrafe verhängte weitere Strafen	217
d)	Neben Freiheitsstrafe verhängte Geldstrafen; Wiederaufnahmeverfahren; Maßregel; Nebenentscheidungen	217
3.	Auswirkungen des Mitzieheffekts.	217
III.	Ausnahmeregelung des Absatzes 2.	218
1.	Nummer 1: nur in Behördenführungszeugnisse aufzunehmende Verurteilungen	218
2.	Nummer 2: Nicht in Führungszeugnisse aufzunehmende Jugendstrafen, Schuldsprüche und Verwarnungen mit Strafvorbehalt	218
3.	Nummer 3: Bagatelldelikte	219
4.	Sexualdelikte	220
5.	Prüffolge	220
6.	Problemfälle	220
7.	Wirkung einer Verurteilung nach Anordnung vorzeitiger Nichtaufnahme einer Vorverurteilung	221
§ 39	Anordnung der Nichtaufnahme	221
I.	Regelungsgegenstand.	221
II.	Voraussetzungen der Anordnung der Nichtaufnahme gemäß Absatz 1.	222
1.	Antragserfordernis.	222

Inhaltsverzeichnis

a) Verfahren	222
b) Zulässigkeit	223
c) Auslegung	223
d) Begründung	223
2. Zuständigkeit	223
3. Ermittlungsumfang	223
a) Amtsermittlungsgrundsatz	223
b) Umfang der Anhörungspflicht	224
c) Folgen der Nichtanhörung	224
4. Entgegenstehendes öffentliches Interesse	225
a) Interesse der Allgemeinheit	225
b) Begründung des Ausnahmefalls	229
c) Umfang der Prüfungspflicht der Registerbehörde	230
5. Umfang des Anordnungsrechts	230
a) Ausländische Verurteilungen	230
b) Mehrere Verurteilungen	231
c) Nebenentscheidungen; Einzelstrafen	231
d) Beschränkung der Anordnung	232
e) Anordnung nach ausgewählten Kriterien	232
6. Eingeschränkte Anordnungen	232
a) Zweckbestimmung	232
b) Befristung	233
c) Bedingung	233
d) Hinweise	233
7. Anhörung psychiatrischer Sachverständiger	233
III. Anordnungshindernis gemäß Absatz 2	234
IV. Wirkung der Anordnung	234
1. Verschweigerecht	234
2. Tilgung	234
3. Registereintragung	234
4. Widerruf	234
V. Rechtsmittel gemäß Absatz 3	234
1. Rechtliche Qualifikation der Anordnung	234
2. Antrag auf gerichtliche Entscheidung	234
§ 40 Nachträgliche Eintragung	235
I. Regelungsgegenstand	235
II. Voraussetzungen für das Entfallen der Wirksamkeit der Anordnung gemäß Satz 1	235
1. Eintrag einer weiteren Verurteilung	235
2. Weiterer Eintrag nach § 11	235
3. Zeitlicher Umfang der Wiederaufnahme	236
III. Ausnahmen gemäß Satz 2	236
2. Unbeschränkte Auskunft aus dem Register	236
§ 41 Umfang der Auskunft	236
I. Regelungsgegenstand	237
1. Inhalt der unbeschränkten Auskunft	237
2. Funktion der unbeschränkten Auskunft	238
3. Grenzen der Beauskunftung	238
II. Auskunftsberechtigte Stellen und Umfang der zu erteilen- den Auskunft gemäß Absatz 1	239
1. Gerichte und Justizbehörden	239

a)	Gerichte	239
b)	Staatsanwaltschaften	240
c)	Aufsichtsstellen gem. § 68a StGB	241
d)	Justizvollzugsbehörden	241
2.	Oberste Bundes- und Landesbehörden	243
a)	Begriffsbestimmung	243
b)	Keine ausdrückliche Zweckbeschränkung.	243
c)	Zweckangabe.	243
d)	Beschränktes Verwertungsrecht.	244
3.	Behörden mit Sicherheitsaufgaben	244
a)	Behördenkreis	244
b)	Auskunftszweck	244
c)	Personalüberprüfung.	244
4.	Finanzbehörden.	245
a)	Zollbehörden.	245
b)	Auskunftszweck	245
5.	Kriminalpolizei	245
a)	„Kriminaldienst verrichtende Stellen“	245
b)	Auskunftszweck	245
6.	Einbürgerungsbehörden	246
a)	Behördenbezeichnung	246
b)	Auskunftszweck	246
7.	Ausländerbehörden und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	247
a)	Auskunftsberechtigte Behörden.	247
b)	Auskunftszweck	248
8.	Gnadenbehörden.	248
a)	Zuständigkeit.	249
b)	Auskunftszweck	249
9.	Behörden zur Prüfung besonderer, sicherheitsrelevanter Erlaubnisse	249
a)	Waffenrechtliche Erlaubnisse	249
b)	Bewachungsgewerbe	249
c)	Hundehaltung	249
d)	Auskunftszweck	250
10.	Bundesinstitut für Arzneimittel- und Medizinprodukte	251
a)	Auskunftszweck	251
b)	Eintragungen nach § 17.	251
11.	Rechts- und Patentanwaltskammern.	251
12.	Bundesamt für Strahlenschutz	252
13.	Luftsicherheitsbehörden	252
14.	Sonstige Behörden	253
III.	Beschränkungen der unbeschränkten Auskunft gemäß Absatz 3 Satz 1 und ihre Ausnahmen gemäß Absatz 3 Satz 2.	253
1.	Auskunftsbeschränkungen.	253
a)	Eintragungen nach § 17.	253
b)	Strafmakelbeseitigung gem. §§ 97 ff. JGG.	253
2.	Ausnahmen von der Auskunftsbeschränkung.	254
a)	Auskunft für Strafverfahren	254
b)	Verurteilungen wegen Sexualdelikten.	254

Inhaltsverzeichnis

IV.	Inhalt des Auskunftersuchens; Prinzip der Zweckbindung.	254
1.	Einzelanfrage	254
2.	Zweckangabe	255
a)	Genauere Bezeichnung des Verwendungszwecks.	255
b)	Prüfpflicht der Registerbehörde	255
c)	Bereichsspezifische Ermächtigungsgrundlage für Auskunftersuchen und Auskunftserteilung.	255
d)	Zweckangabe durch oberste Bundes- und Landesbehörden.	256
V.	Verwendungszweck gemäß Absatz 4 Satz 2 2. Halbsatz	256
VI.	Auskunftserteilung aus dem Erziehungsregister	257
§ 42	Auskunft an den Betroffenen.	257
I.	Regelungsgegenstand.	257
II.	Selbstauskünfte	258
1.	Antragstellung	258
a)	Berechtigung	258
b)	Begründung.	258
c)	Gebühr.	258
2.	Einsichtnahme	259
a)	Zweck der Vorschrift	259
b)	Vertretung.	259
c)	Ablichtungen oder Abschriften	259
3.	Ort der Einsichtnahme	259
a)	Deutscher Wohnsitz	259
b)	Inhaftierung.	259
c)	Ausländischer Wohnsitz.	260
d)	Einsichtnahme bei Registerbehörde	260
4.	Umfang der Selbstauskunft	260
§ 42a	Auskunft für wissenschaftliche Zwecke.	260
I.	Regelungsgegenstand.	261
II.	Grundvoraussetzungen der Datenübermittlung	262
1.	Forschung	262
2.	Forschungsvorhaben	262
3.	Anonymisierung der Daten	262
4.	Öffentliches Interesse	262
5.	Zustimmungserfordernisse	263
III.	Übermittlungsbedingungen.	263
1.	Empfängerinnen und Empfänger	263
2.	Zweckbindung	263
3.	Kostentragung	264
4.	Maßnahmen gegen unbefugte Kenntnisnahme	264
5.	Anonymisierung der Daten	265
6.	Veröffentlichung personenbezogener Daten	265
7.	Kontrolle der Datenschutzbestimmungen	265
8.	Vorbereitende Analysen der Registerdaten.	265
IV.	Besondere Übermittlungsbedingungen für die mehrfache Datenübermittlung (Abs. 1a)	265
1.	Datenschutzrechtliche Erforderlichkeit der Regelung.	265
2.	Mehrfache Datenübermittlung.	267
a)	Erhöhte Zulässigkeitsanforderungen	267

b) Regelmäßige Pseudonymisierung	267
c) Festzulegender Zeitraum	268
3. Zusammenführung von Daten verschiedener Forschungsprojekte	269
V. Antragstellung	270
§ 42b Auskünfte zur Vorbereitung von Rechtsvorschriften und allgemeinen Verwaltungsvorschriften	270
I. Regelungsgegenstand	270
II. Regelungsumfang	270
§ 42c Protokollierungen	271
I. Regelungsgegenstand	271
II. Zweck der Protokollierung	272
III. Verwendungszweck gemäß Absatz 2	272
§ 43 Weiterleitung von Auskünften	272
I. Regelungsgegenstand	272
II. Voraussetzungen der Weitergabe	273
1. Weitergabe an Behörden	273
a) Begriff	273
b) Fach- oder Dienstaufsicht	273
c) Verbot der Weitergabe an Private	273
2. Gefährdung öffentlicher Aufgaben	274
a) Ausnahmeregelung	274
b) Verstoß gegen das Weiterleitungsverbot	274
c) Rechtsmissbräuchliches Verhalten	274
IV. Auswirkungen der Weiterleitung auf die Betroffenen	274
1. Verschweigerecht	274
2. Rechtsmittel	275
3. Schadensersatzansprüche	275
§ 43a Verfahrensübergreifende Mitteilungen von Amts wegen	275
I. Regelungsinhalt	275
II. Voraussetzungen der Übermittlung von Amts wegen	276
1. Verfahren wegen Registervergünstigung	276
2. Übermittlungszweck	276
3. Übermittlungsbefugnis	277
III. Weitere Verfahrensgrundsätze	277
3. Auskünfte an Behörden	277
§ 44 Vertrauliche Behandlung der Auskünfte	277
I. Regelungsgegenstand	277
II. Auswirkung der Vorschrift	278
1. Behördeninterne Weitergabe	278
2. Akteneinsicht durch Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger	278
III. Verstöße gegen die Schutzvorschrift	278
1. Schadensersatzansprüche	278
2. Dienstpflichtverletzung	278
4. Versagung der Auskunft zu Zwecken des Zeugenschutzes	278
§ 44a Versagung der Auskunft	278
I. Regelungsgegenstand	279
II. Voraussetzungen der Auskunftsversagung gemäß Absatz 1	280
1. Sperrung des Datensatzes	280
2. Versagung der Auskunft gemäß Absatz 2	280

Inhaltsverzeichnis

a) Entscheidungsbefugnis	280
b) Umfang der Auskunftsversagung	281
3. Kennzeichnung des zu schützenden Datensatzes gemäß Absatz 3	282
4. Ausnahmeregelung des Absatzes 4	282
Vierter Abschnitt. Tilgung.	282
§ 45 Tilgung nach Fristablauf	282
I. Regelungsgegenstand	283
II. Voraussetzungen der Tilgung gemäß Absatz 1 und 2	283
1. Gegenstand der Tilgung	283
2. Grundlage der Tilgung	284
a) Fristablauf	284
b) Anordnung	284
c) Amnestie	284
3. Tilgungsreife	284
a) Eintritt	284
b) Hemmung	284
c) Hindernis	285
III. Rechtsnatur und tatsächliche Umsetzung der Tilgung	285
1. Umsetzung	285
2. Rechtliche Qualifikation	285
IV. Die Überliegefrist des Absatzes 2	285
1. Zeitpunkt der Löschung des Datensatzes	285
a) Tilgung nach Fristablauf	285
b) Tilgung aufgrund Anordnung	285
c) Ablauf der Überliegefrist	286
2. Auskunftssperre	286
V. Ausnahmen von der Tilgung gemäß Absatz 3	286
1. Lebenslange Freiheitsstrafe	287
2. Maßregelnanordnung	287
a) Sicherungsverwahrung	287
b) Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus	287
c) Unterbringungsanordnung bei Jugendlichen	287
VI. Wirkung der Tilgung außerhalb des Registers	287
§ 46 Länge der Tilgungsfrist	288
I. Regelungsgegenstand	289
II. Länge der Tilgungsfrist gemäß Absatz 1	289
1. Tilgung nach fünf Jahren	290
a) Geringfügige Geldstrafen	290
b) Geringfügige Freiheitsstrafen	290
c) Jugendstrafen	291
d) Maßregeln der Besserung und Sicherung	292
2. Tilgung nach zehn Jahren	292
3. Tilgung nach 20 Jahren	293
4. Tilgung nach 15 Jahren	293
III. Auswirkungen des Bewährungswiderrufs gemäß Absatz 2	293
IV. Verlängerung der Fristen gemäß Absatz 3	294
§ 47 Feststellung der Frist und Ablaufhemmung	294
I. Regelungsgegenstand	294
II. Feststellung der Frist gemäß Absatz 1	294

1.	Fristbeginn	294
2.	Fristverkürzung	295
III.	Ablaufhemmung gemäß Absatz 2	295
1.	Grundsatz	295
2.	Ausnahme	295
3.	Eintritt der Vollstreckungserledigung	295
4.	Erkennbarkeit der fehlenden Erledigung im Register	295
a)	Mitteilungspflicht	295
b)	Fehlende Mitteilungspflicht	296
IV.	Tilgungshemmung gemäß Absatz 3	296
1.	Grundsatz der Vollständigkeit der unbeschränkten Auskunft	296
a)	Weitere Verurteilungen	296
b)	Aburteilung mehrerer Taten	296
c)	Vor Tilgungsreife verkündete weitere Verurteilun- gen	296
2.	Ausnahme der Sperre für die Erteilung der Fahrerlaub- nis für immer	297
a)	Tilgungshemmung für Hauptstrafe	297
b)	Tilgungshemmung für andere Verurteilungen	297
V.	Wiederaufnahme zu Unrecht getilgter Eintragungen	297
§ 48	Anordnung der Tilgung wegen Gesetzesänderung	297
I.	Regelungsgegenstand	298
II.	Voraussetzung für die Tilgung einer Eintragung nach § 48	298
1.	Umwandlung von Straftatbeständen in Ordnungswid- rigkeiten	298
a)	Reformen in den 60er und 70er Jahren	299
b)	Änderung der verfahrensrechtlichen Zuständigkeit zur Aburteilung einer strafbaren Handlung	299
2.	Maßregeln und Nebenstrafen	299
3.	Antrag	299
4.	Tilgungspflicht	299
III.	Rechtsmittel	299
IV.	Rechtswirkungen der Tilgung nach § 48	300
1.	Kein Vorhalte- und Verwertungsverbot	300
2.	Verschweigerecht	300
§ 49	Anordnung der Tilgung in besonderen Fällen	300
I.	Regelungsgegenstand	301
II.	Voraussetzungen der Anordnung der Tilgung in besonde- ren Fällen gemäß Absatz 1	301
1.	Antragserfordernis	301
a)	Antragstellung	301
b)	Verfahren	301
c)	Begründung	302
2.	Zuständigkeit	302
3.	Vollstreckungserledigung	302
a)	Zulässigkeitsvoraussetzung	302
b)	Tilgungsanordnung vor Erledigung	302
4.	Ermittlungsumfang	303
a)	Offensichtliche Unbegründetheit des Antrags	303
b)	Anhörung der zuständigen Stellen	303

Inhaltsverzeichnis

5.	Entgegenstehendes öffentliches Interesse	303
a)	Grundsatz	303
b)	Offensichtlich fehlerhaftes Urteil	304
c)	Arbeitsplatzsuche	304
d)	Einbürgerung	305
e)	Auswanderung	305
f)	Aufenthaltsurlaubnis	306
g)	Gesetzesänderungen	306
6.	Umfang des Anordnungsrechts	306
a)	Verurteilungen	306
b)	Ausländische Verurteilungen	306
c)	Unrichtige Eintragung	306
d)	Zeitpunkt	306
e)	Anordnung vor Eintragung	306
7.	Eingeschränkte Anordnung	307
a)	Späteres Wirksamwerden	307
b)	Bedingung	307
c)	Maßgabe	307
III.	Anordnungshindernis gemäß Absatz 2	307
IV.	Wirkung der Anordnung	307
1.	Verschweigerecht und Verwertungsverbot	307
2.	Überliegefrist	307
V.	Rechtsmittel gemäß Absatz 3	307
§ 50	Zu Unrecht getilgte Eintragungen	308
I.	Regelungsgegenstand	308
II.	Voraussetzungen für die Wiederaufnahme	308
1.	Unrechtmäßige Tilgung	308
a)	Verurteilungen	308
b)	Willensgetragene Maßnahme	308
c)	Mitteilung weiterer Verurteilungen	309
2.	Anhörungs pflicht	309
III.	Registerrechtliche Behandlung zwischen Tilgung und Wiedereintragung	309
IV.	Rechtsmittel	309
Fünfter Abschnitt. Rechtswirkungen der Tilgung.		309
§ 51	Verwertungsverbot	309
I.	Regelungsgegenstand	310
1.	Entwicklung des Vorhalte- und Verwertungsverbots	310
2.	Wirkung und Ausnahmen vom Vorhalte- und Verwertungsverbot	311
3.	Verfassungsmäßigkeit des Vorhalte- und Verwertungsverbots	311
II.	Das Vorhalte- und Verwertungsverbot des Absatzes 1	311
1.	Voraussetzungen des Vorhalte- und Verwertungsverbots	311
a)	Verurteilung	311
b)	Tilgung	312
2.	Wirkung des Vorhalte- und Verwertungsverbots	313
a)	Umfang	313
b)	Vorhalten und Verwerten	313
c)	Verwertung im Rechtsverkehr	314

	d) Maßgeblicher Zeitpunkt	314
	3. Verzicht auf das Vorhalte- und Verwertungsverbot . . .	315
III.	Einzelfälle des Vorhalte- und Verwertungsverbots	315
	1. Geltung bei der Strafzumessung	315
	2. Geltung bei der Beweisbeschränkung	316
	3. Geltung für die Beurteilung einer strafbaren Handlung	317
	4. Geltung bei der Verhängung von Maßregeln der Besse- rung und Sicherung	318
	5. Geltung in Verwaltungsangelegenheiten	318
	6. Geltung in Gnadensachen	319
IV.	Entsprechende Anwendung des Vorhalte- und Verwer- tungsverbots	319
	1. Nicht registerpflichtige Entscheidungen	319
	a) Auslandsverurteilungen	319
	b) Übertretungen	320
	c) Ordnungswidrigkeiten	320
	d) Eintragungen im Erziehungsregister	321
	e) Verwarnungen mit Strafvorbehalt	321
	f) Straferlass und Strafmakelbeseitigung	321
	g) Freispruch und Verfahreneinstellung	321
	h) Absehen von Strafe und Straffreierklärung	322
	2. Entsprechende Anwendung des Verwertungsverbots auf Akteninhalte	322
V.	Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Vorhalte- und Ver- wertungsverbot	323
	1. Verfahrensfehler	323
	2. Sach-rechtlicher Fehler	323
VI.	Ausnahmen vom Vorhalte- und Verwertungsverbot gem- mäß Absatz 2.	323
	1. Rechte Dritter	323
	2. Gesetzliche Rechtsfolgen	324
	a) Wirkungen der Tat oder der Verurteilung, die sich unmittelbar aus einem Bundes- oder Landesgesetz ergeben	324
	b) Negative Zulassungsvoraussetzung	325
	c) Bekanntgabe tilgungsreifer Verurteilungen	325
	3. Entscheidungen von Gerichten und Verwaltungsbehör- den	326
§ 52	Ausnahmen	326
I.	Regelungsgegenstand	327
II.	Ausnahmefälle gemäß Absatz 1.	327
	1. Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland	327
	2. Gutachtenerstellung über psychische Erkrankungen . .	328
	3. Wiederaufnahmeverfahren	329
	4. Sicherheitsrelevante Zulassungs- und Erlaubnisverfah- ren	329
	a) Einstellungen in den öffentlichen Dienst	329
	b) Zulassung zu einem Beruf oder Gewerbe	330
	c) Untersagung der Ausübung eines Berufes oder Ge- werbes und Entfernungen aus dem öffentlichen Dienst	330
III.	Ausnahmefälle gemäß Absatz 2.	330

Inhaltsverzeichnis

1. Art und Gegenstand des Verfahrens	332
2. Geltung des Verwertungsverbots in Strafverfahren . . .	333
3. Problem der Doppelspeicherung von Daten	333
Sechster Abschnitt. Begrenzung von Offenbarungspflichten des Verurteilten	333
§ 53 Offenbarungspflicht bei Verurteilungen	333
I. Regelungsgegenstand	334
II. Voraussetzungen des Verschweigerechts gemäß Absatz 1. . .	334
1. Verurteilungen	334
2. Ablauf der Frist für Aufnahme in Führungszeugnis oder Tilgungs(reife)	334
3. Art und Zusammenhang der Fragestellung	335
a) Fragebögen	335
b) Rechtlicher Zusammenhang	335
III. Umfang des Verschweigerechts	335
1. Verschweigerecht bei Eintragungen im Fahreignungsregister	335
2. Verschweigerecht im Arbeits-/Dienstverhältnis	335
a) Verschweigerecht bei Bewerbungen um einen Arbeitsplatz	335
b) Auswirkungen des Verschweigerechts auf die Aufnahme von Urteilen in Personalakten	338
3. Verschweigerecht bei Zeugenvernehmung	338
4. Verschweigerecht und unrichtige Darstellung	338
5. Verschweigerecht über laufende Ermittlungsverfahren	338
6. Verschweigerecht bei ausländischen Verurteilungen	339
7. Verschweigerecht und Anspruch auf Unterlassung	339
IV. Ausnahmen vom Verschweigerecht gemäß Absatz 2.	339
1. Erklärungspflicht gegenüber Gerichten und Behörden trotz Ablaufs der Frist zur Aufnahme der Verurteilung in das Führungszeugnis	339
a) Belehrung	339
b) Gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Vernehmung	340
2. Verschweigerecht bei getilgten Vorstrafen	340
3. Prüfpflicht	340
Siebter Abschnitt. Internationaler Austausch von Registerinformationen	341
§ 53a Grenzen der internationalen Zusammenarbeit	341
I. Regelungsgegenstand	341
II. Grundsatz der Anerkennung ausländischer Urteile	342
III. Ausnahmen bei Verstoß gegen den ordre public	342
1. Offensichtliche Fehlerhaftigkeit der Verurteilung	342
2. Strafzumessungsgründe	343
3. Rechtsstaatliche Mindestanforderungen elementarer Verfahrensgerechtigkeit (fair trial)	343
a) Ausübung richterlicher Funktionen durch andere Stellen	344
b) Strafzumessung auf Antrag der Parteien	344
c) Pflichtverstöße der Verteidigung	344
d) Beziehung von Dolmetschern	344

e)	Gewährung rechtlichen Gehörs; Abwesenheitsurteile	344
§ 54	Eintragungen in das Register	346
I.	Regelungsgegenstand	347
1.	Entwicklung	347
a)	Aufnahme aller ausländischen Verurteilungen	347
b)	Einschränkungen und Erweiterungen der Aufnahmepflicht	347
2.	Erfordernis der Eintragungsnormierung	348
II.	Eintragungsvoraussetzungen gemäß Absatz 1	348
1.	Verurteilung durch ein nichtdeutsches Gericht	348
2.	Strafrechtliche Verurteilung	349
a)	Verurteilung	349
b)	Strafrechtliche Verurteilung	350
3.	Verurteilung von Deutschen oder in Deutschland geborenen oder wohnhaften ausländischen Personen	351
a)	Deutsche	351
b)	Ausländische Personen	352
4.	Amtliche Mitteilung	352
5.	Vergleichbarer deutscher Straftatbestand	352
a)	Strafnachrichtenaustausch	353
b)	Abstrakter Normenvergleich	353
c)	Sinngemäß umgestellter Sachverhalt	354
d)	Sich aus den Urteilsgründen ergebender Sachverhalt	354
6.	Rechtskraft	355
III.	Eintragungsvoraussetzung des Absatzes 2	356
IV.	Eintragung von Folgemaßnahmen gemäß Absatz 3	356
1.	Anwendungsbereich	356
2.	Eintragungspflichtige Tatsachen gemäß Satz 1 Nummern 1 bis 4	356
a)	Folgemaßnahmen gem. Nr. 1	356
b)	Beschränkende Bedingungen gem. Nr. 2	357
c)	Nur für EU-Mitgliedstaaten geltende eintragungspflichtige Tatsachen gem. Nr. 3	357
d)	Mitteilung von deutschen Entscheidungen zur Vollstreckbarkeit ausländischer Urteile gem. Nr. 4	357
3.	Anhörung der Betroffenen zur Eintragung von Folgemaßnahmen	358
§ 55	Verfahren bei der Eintragung	358
I.	Regelungsgegenstand	358
II.	Eintragungsvoraussetzungen gemäß Absatz 1	358
1.	Verurteilung durch ein nichtdeutsches Gericht	358
2.	Amtliche Mitteilung	359
3.	Strafnachrichtenaustausch auf der Grundlage des EuRhÜbk	359
4.	Strafnachrichtenaustausch innerhalb der EU-Mitgliedstaaten	360
a)	Haager Programm	360
b)	Inhaltliche Harmonisierung der europäischen Strafregistersysteme	362

Inhaltsverzeichnis

5.	Strafnachrichtenaustausch aufgrund von besonderen Vereinbarungen	362
6.	Mitteilungen eines ausländischen Staates im Einzelfall.	363
	a) Übermittlung an Gerichte und Strafverfolgungsbehörden	363
	b) Übermittlung an deutsche Auslandsvertretung.	363
	c) Übermittlung an Grenzschutz- und Zollbehörden	363
7.	Ausländische Vollstreckungsersuchen	363
III.	Umfang der Prüfungspflicht der Registerbehörde.	363
	1. Summarische Prüfung.	363
	2. Erweiterte Prüfpflicht.	364
IV.	Die Anhörungspflicht gemäß Absatz 2 Satz 1	365
V.	Entfernung der Eintragung.	365
	1. Einwendungen der Betroffenen	365
	a) Rechtserhebliche Einwendungen	365
	b) Verstoß gegen ordre public	366
	c) Teilweises Nichtvorliegen der Eintragungsvoraussetzungen	366
	2. Beauskunftung während des Prüfungsverfahrens.	367
VI.	Rechtsmittel gemäß Absatz 2 Satz 3.	367
§ 56	Behandlung von Eintragungen	367
	I. Regelungsgegenstand.	368
	II. Behandlung von ausländischen Verurteilungen gemäß Absatz 1	368
	1. Grundsatz der Gleichstellung mit deutschen Verurteilungen	368
	a) Vergleichbare Tatbestände	368
	b) Aufnahme in Führungszeugnisse und unbeschränkte Auskünfte; Tilgung.	368
	c) Verkündungsdatum.	369
	2. Ausländische Sanktionen, Rechtsverluste, Nebenstrafen und Nebenfolgen	369
	a) Dem deutschen Recht fremde Sanktionen.	369
	b) Unterschiedliche Strafmündigkeitsregelungen	369
	c) Strafurteile gegen Jugendliche.	369
	d) Strafurteile gegen Heranwachsende	370
III.	Nichtaufnahme von ausländischen Verurteilungen in das Führungszeugnis bzw. die unbeschränkte Auskunft gemäß Absatz 2	370
IV.	Anordnung der Nichtaufnahme der Eintragung in ein Führungszeugnis oder der Tilgung der Eintragung gemäß Absatz 3	370
§ 56a	Mitteilung über ausländische Verurteilungen	371
	I. Regelungsgegenstand.	371
	II. Übermittlungsvoraussetzungen	372
	1. Verurteilung durch ein nichtdeutsches Gericht	372
	2. Übermittlung zum Zweck der Strafrechtspflege	372
	a) Folgemaßnahmen	372
	b) Anklageerhebung	372
	c) Zuständigkeit.	373
§ 56b	Speicherung zum Zweck der Auskunftserteilung an Mitgliedstaaten der Europäischen Union.	373

I.	Regelungsgegenstand.	373
II.	Voraussetzungen der Speicherung	374
	1. Übermittlung durch Zentralbehörde.	374
	2. Verurteilung deutscher Staatsangehöriger	374
	3. Verurteilung wegen einer Tat, die nach deutschem Recht nicht strafbar ist.	374
	4. Anhörung der Betroffenen	374
III.	Folgen der Speicherung	374
	1. Weitergabe an einen anderen EU-Mitgliedstaat zu strafrechtlichen Zwecken	374
	2. Mitteilung an die Betroffenen	375
	3. Rechtsmittel	375
IV.	Löschung der Eintragung gemäß Absatz 3	375
	1. Tilgung im Urteilsmitgliedstaat	375
	2. Löschung nach Fristablauf	375
	3. Keine Tilgungsfristfiktion analog § 58	376
	4. Vorzeitige Tilgung durch Anordnung	376
	5. Vorhalte- und Verwertungsverbot.	376
§ 57	Auskunft an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen	376
I.	Regelungsgegenstand.	377
	1. Rechtsgrundlage für den internationalen Strafregister- informationsaustausch	377
	2. Bereichsspezifische datenschutzrechtliche Grundlage für Datenübermittlung an ausländische Stellen.	378
II.	Auskunftsempfangende Stellen	379
III.	Voraussetzungen und Grundlagen der Auskunftserteilung.	379
	1. Auskunftserteilung in Strafsachen	379
	a) Art und Umfang der Auskunftserteilung.	379
	b) Rechtsgrundlage für die Auskunftserteilung	380
	2. Auskunftserteilung in sonstigen (nichtstrafrechtlichen) Angelegenheiten	381
	a) Spezielle Vorschriften	381
	b) Auskunftserteilungen im vertraglosen Bereich ge- mäß Absatz 2.	381
	3. Übermittlungsweg	382
	a) Ersuchen ausländischer Behörden	382
	b) Anfragen deutscher Behörden.	383
IV.	Behandlung von Verwendungsbedingungen gemäß Ab- satz 5	383
V.	Der Strafnachrichtenaustausch gemäß Absatz 3.	384
	1. Rechtsgrundlage für den Strafnachrichtenaustausch	384
	2. Zweckbindung gemäß Absatz 3 Satz 2 i. V. m. Ab- satz 2 Satz 2	384
	3. Mitteilung von Folgemaßnahmen gemäß Absatz 3 Satz 3	384
	4. Übermittlungsweg	385
VI.	Verantwortung der Übermittlung gemäß Absatz 4	385
§ 57a	Austausch von Registerinformationen mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union.	385
I.	Regelungsgegenstand.	386

Inhaltsverzeichnis

II.	Strafnachrichtenaustausch mit einem EU-Mitgliedstaat gemäß Absatz 1	387
1.	Regelmäßige Benachrichtigungen über EU-Bürgerinnen und Bürger betreffende deutsche strafrechtliche Verurteilungen und Folgemaßnahmen	387
2.	Doppelte Staatsangehörigkeiten	388
3.	Datenschutz	388
4.	Eintragungen nichtstrafrechtlicher Art	388
5.	Tilgung	388
III.	Behandlung von Ersuchen anderer Mitgliedstaaten um Auskunft für strafrechtliche Verfahren gemäß Absatz 2	388
1.	Strafgerichtliche Verurteilungen	388
2.	Strafrechtliche Verfahren	389
3.	Völkerrechtliche Bedingungen	389
4.	Übermittlungsweg	389
IV.	Behandlung von Ersuchen anderer Mitgliedstaaten um Auskunft für nichtstrafrechtliche Zwecke gemäß Absatz 3	390
1.	Voraussetzungen der Auskunftserteilung	390
a)	Unbeschränkte Auskunft	390
b)	Behördenführungszeugnis	390
c)	Datenschutz	390
d)	Gesondert gespeicherte, nicht eintragungsfähige Verurteilungen	390
2.	Verwendungsbeschränkungen	391
V.	Behandlung von Ersuchen anderer Mitgliedstaaten um Auskunft für Zwecke, die im BZRG nicht vorgesehen sind gemäß Absatz 4	391
1.	Auskunftsersuchen in anderen Angelegenheiten	391
2.	Zuständigkeit für die Auskunftserteilung	391
3.	Unterstützung durch die Registerbehörde	392
VI.	Übermittlung von Registerinformationen zur Aufnahme in das Führungszeugnis eines EU-Mitgliedstaates gemäß Absatz 5	392
1.	Europäisches Führungszeugnis	392
2.	Antragstellung	392
3.	Erweitertes Führungszeugnis	393
VII.	Verantwortlichkeit für die Übermittlung gemäß Absatz 6	393
VIII.	Übermittlungsweg gemäß Absatz 7	393
1.	Singuläre Auskunftsersuchen	393
2.	Zwingende Anwendung	393
3.	Sonstige Auskunftsersuchen	394
§ 58	Berücksichtigung von Verurteilungen	394
I.	Regelungsgegenstand	394
II.	Voraussetzungen der Gleichstellung	394
III.	Rechtsfolgen der Gleichstellung	395
1.	Vorhalte- und Verwertungsverbot	395
a)	Fehlende amtliche Mitteilung	395
b)	Fehlen der Eintragungsvoraussetzung	395
c)	Registerrechtliche Vergünstigungen im Urteilsstaat	395
d)	In Auslandsregistern enthaltene deutsche Verurteilungen	395
2.	Verschweigerecht	396

Dritter Teil. Das Erziehungsregister	397
§ 59 Führung des Erziehungsregisters	397
I. Regelungsgegenstand.	397
II. Registerbehörde	398
III. Regelungen des Erziehungsregisters	398
§ 60 Eintragungen in das Erziehungsregister	398
I. Regelungsgegenstand.	399
II. Eintragungspflicht gemäß Absatz 1	400
1. Nachrangigkeit des Erziehungsregisters.	400
a) Einbeziehung einer erziehungsregisterpflichtigen in eine zentralregisterpflichtige Eintragung	400
b) Einbeziehung einer zentralregisterpflichtigen in eine erziehungsregisterpflichtige Eintragung	400
2. Eintragungspflichtige Anordnungen und Entscheidungen	400
a) Familiengerichtliche Maßnahmen	400
b) Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel, Nebenstrafen/-folgen	401
c) Schuldspruch	401
d) Anordnungen von Erziehungsmaßregeln des Familiengerichts	402
e) Freispruch; Verfahrenseinstellungen gem. § 3 JGG.	402
f) Absehen von der Verfolgung; Verfahrenseinstellungen gem. § 47 JGG.	402
g) Sorgerechtsentscheidungen	403
III. Eintragungspflicht gemäß Absatz 2	403
IV. Eintragungspflicht gemäß Absatz 3	403
§ 61 Auskunft aus dem Erziehungsregister	404
I. Regelungsgegenstand.	404
II. Auskunftsberechtigte Stellen gemäß Absatz 1	405
1. Strafgerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden	405
2. Familiengerichte	405
3. Jugendämter	405
4. Gnadenbehörden.	405
5. Behörden für waffen- und sprengstoffrechtliche Erlaubnisse	405
III. Sonstige auskunftsberechtigte Personen und Behörden	406
1. Erziehungsberechtigte.	406
2. Selbstauskunft.	406
3. Oberste Bundes- und Landesbehörden	406
4. Ausländische Stellen.	406
IV. Umfang der Beauskunftung gemäß Absatz 2	406
V. Weiterleitung von Auskünften gemäß Absatz 3	407
§ 62 Suchvermerke	408
§ 63 Entfernung von Eintragungen	408
I. Regelungsgegenstand.	409
II. Entfernung gemäß Absatz 1	409
III. Entfernungshindernis gemäß Absatz 2	409
IV. Anordnung der Entfernung gemäß Absatz 3	410
V. Verwertungsverbot des Absatzes 4.	411
§ 64 Begrenzung von Offenbarungspflichten des Betroffenen.	411

Inhaltsverzeichnis

I.	Regelungsgegenstand.	412
II.	Verschweigerecht gemäß Absatz 1.	412
III.	Ausnahme vom Verschweigerecht gemäß Absatz 2.	412
Vierter Teil. Übernahme des Strafregisters beim Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik 412		
§ 64a	Strafregister der Deutschen Demokratischen Republik.	412
I.	Regelungsgegenstand.	413
II.	Zuständigkeitsregelung des Absatzes 1.	413
III.	Grundsatz der Eintragungsübernahme des Absatzes 2 . . .	414
1.	Prüfung der Übernahmefähigkeit	414
2.	Form der Eintragung	414
a)	Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	414
b)	Maßnahmen strafrechtlicher Verantwortlichkeit Jugendlicher	414
c)	Zusatzstrafen.	414
d)	Nebenentscheidungen	415
e)	Suchvermerke	415
IV.	Ausnahmeregelung der Nichtaufnahme gemäß Absatz 3. . .	415
1.	Voraussetzungen der Nichtaufnahme	415
2.	Umfang der Prüfung	415
a)	Entscheidungen nach dem 1.7.1990.	415
b)	Dem bundesdeutschen Strafrecht fremde Rechtsfolge.	415
c)	Verfahrenseinstellungen.	416
d)	Tilgungsreife	416
e)	Mischurteile	416
f)	Nachträgliche Gesamtstrafenbildung	416
3.	Wirkungen der Nichtaufnahme	416
V.	Verfahren bis zur Entscheidung über die Übernahme gemäß Absatz 4.	417
1.	Art der Aufbewahrung.	417
2.	Selbstauskunftsrecht.	417
VI.	Tilgungsfristen für Eintragungen von DDR-Gerichten gemäß Absatz 5.	417
§ 64b	Eintragungen und Eintragungsunterlagen	418
I.	Regelungsgegenstand.	418
II.	Grundsatz der Vernichtung der Eintragungen gemäß Absatz 1 Satz 1	418
III.	Verwendungszweck gemäß Absatz 1 Satz 2, 3	419
1.	Begriff der „Rehabilitierung“	419
2.	Möglichkeiten der Rehabilitierung von SED-Justizopfern.	419
a)	Rehabilitierung nach dem Rehabilitierungsgesetz der DDR.	419
b)	Kassationsrechts der DDR-StPO	420
c)	Wiederaufnahme nach den §§ 359 ff. StPO.	420
d)	Antrag auf Feststellung der Unzulässigkeit der Vollstreckung	420
e)	§ 15 RHilfeG.	421

f) Verwaltungsanordnung des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR	421
g) SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	421
IV. Übermittlung der nicht übernommenen Eintragungen	421
Fünfter Teil. Übergangs- und Schlussvorschriften	421
§ 65 Übernahme von Eintragungen in das Zentralregister	421
I. Regelungsgegenstand	422
II. Grundsatz der Übernahme gemäß Absatz 1	422
III. Ausnahmen gemäß Absatz 2	423
1. Absatz 2 Nr. 1	423
2. Absatz 2 Nrn. 2–4	424
IV. Ausnahme von der in Abs. 2 vorgesehenen Ausnahmeregelung gemäß Absatz 3	424
V. Nichtübernahme von Verwaltungsentscheidungen gemäß Absatz 4	425
VI. Geltung des BZRG gemäß Absatz 5	425
§ 66 Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes getilgte oder tilgungsreife Eintragungen	425
I. Regelungsgegenstand	425
II. Verwertungsverbot bei ausstehender Vollstreckung	425
III. Verwertungsverbot bei Gesamtstrafenbildung	425
§ 67 Eintragungen in der Erziehungskartei	426
I. Regelungsgegenstand	426
II. Verwertungsverbot	426
§ 68 Bestimmungen und Bezeichnungen in anderen Vorschriften	426
§ 69 Übergangsvorschriften	427
I. Behandlung von Verurteilungen, die vor dem 1. August 1984 in das Zentralregister oder Erziehungsregister eingetragen worden sind (Absatz 1)	427
II. Behandlung von Verurteilungen bzw. Einträgen betr. Freiheits- und Jugendstrafen wegen Sexualdelikten gem. §§ 174 bis 180 oder 182 StGB vor dem 1. Juli bzw. 30. Januar 1998 (Absatz 2)	427
1. Übergangsvorschrift für die vor dem 1. Juli 1998 im Register vorhandenen Sexualstraftaten	427
2. Verfassungsrechtlich notwendige Korrektur	428
a) Unechte Rückwirkung	428
b) Echte Rückwirkung	428
3. Inkrafttretensregelung	428
III. Behandlung von vor dem 1. Oktober 2002 eingetragenen Schuldunfähigkeitsvermerken (Absatz 3)	429
1. Regelungsgegenstand	429
2. Inkrafttretensregelung	429
VI. Behandlung von Einträgen über Freiheits- und Jugendstrafen wegen Delikten des erweiterten Gewalt- und Sexualdeliktetkatalogs des § 31 Abs. 5 (Absatz 4)	430
§ 70 (weggefallen)	430
§ 71 (weggefallen)	430
Gewerbeordnung (GewO) – Auszug –	431
§ 149 Einrichtung eines Gewerbezentralregisters	431
I. Regelungsgegenstand	432

Inhaltsverzeichnis

II.	Einrichtung und Führung des Gewerbezentralregisters gemäß Absatz 1.	432
1.	Rechtliche Grundlagen	432
2.	Einrichtung des Gewerbezentralregisters	432
3.	Führung des Gewerbezentralregisters	433
III.	Inhalt des Gewerbezentralregisters gemäß Absatz 2	434
1.	Mitteilungspflicht	434
2.	Eintragungspflicht in das Gewerbezentralregister . . .	434
a)	Verwaltungsentscheidungen gem. Abs. 2 Nr. 1. . .	434
b)	Verzichte gem. Abs. 2 Nr. 2	441
c)	Bußgeldentscheidungen gem. Abs. 2 Nr. 3.	441
3.	Strafgerichtliche Entscheidungen gem. Abs. 2 Nr. 4. . .	443
IV.	Verhältnis zum Fahrignungsregister (vormals: Verkehrs- zentralregister) gemäß Absatz 2 Satz 2	444
§ 150	Auskunft auf Antrag des Betroffenen	444
I.	Regelungsgegenstand.	445
II.	Selbstauskunft gemäß Absatz 1.	445
1.	Antragserfordernis gemäß Absatz 1, 2	445
a)	„Person“	445
b)	Betroffene und Antragstellende	446
c)	Antragstellung bei Wohnsitz innerhalb Deutsch- lands	446
d)	Antragstellung bei Wohnsitz außerhalb Deutsch- lands	448
e)	Zuständige Behörde gemäß Absatz 2 Satz 1	448
2.	Übersendung der Auskunft gemäß Absatz 4.	449
3.	Inhalt der Selbstauskunft	449
III.	Auskunft zur Vorlage bei einer Behörde gemäß Absatz 5	449
1.	Einsichtsrecht der Betroffenen	449
2.	Auskünfte an ausländische Behörden	450
IV.	Gebühr	450
§ 150a	Auskunft an Behörden oder öffentliche Auftraggeber	451
I.	Regelungsgegenstand.	452
II.	Auskunftserteilung gemäß Absatz 1.	453
1.	Auskunftserteilung über bestimmte Personen zur Ver- folgung von Ordnungswidrigkeiten	453
a)	Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gemäß Nr. 1a.	453
b)	Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gemäß Nr. 1b.	453
2.	Auskunftserteilung über bestimmte Personen zur Vor- bereitung von Verwaltungsentscheidungen.	454
a)	Unbeschränkte Auskünfte für Gewerbezulassun- gen.	454
b)	Beschränkte Auskünfte für verkehrsrechtliche Entscheidungen	454
3.	Auskunftserteilung zur Vorbereitung von Rechts- und allgemeinen Verwaltungsvorschriften	454
4.	Abs. 1 Nr. 4 Auskunftserteilung zur Vorbereitung von Vergabeentscheidungen.	455
a)	Regelungsziel.	455

	b) Qualifizierung von Einrichtungen des öffentlichen Rechts als öffentliche Auftraggeber	456
III.	Auskunftserteilung gemäß Absatz 2	457
	1. Gerichte und Staatsanwaltschaften	457
	2. Kriminalpolizei	457
	3. (Gnaden-)Behörden	458
	4. Bundesnetzagentur, Bundeskartellamt und oberste Landesbehörden	458
IV.	Auskunftserteilung gemäß Absatz 3	458
V.	Zweckangabe gemäß Absatz 4	459
VI.	Einsichtsrecht gemäß Absatz 5	459
VII.	Vertrauliche Behandlung der Auskünfte gemäß Absatz 6.	459
§ 150b	Auskunft für die wissenschaftliche Forschung	460
	I. Regelungsgegenstand.	460
	II. Voraussetzungen der Auskunftserteilung gemäß Absatz 1 und 2	461
	1. Auskunftsberechtigte Stellen	461
	2. Prüfungspflichten der Registerbehörde	461
	III. Form der Auskunftserteilung	462
	IV. Erteilung von Auflagen	462
	1. Zweckbindung	462
	2. Datenschutzkontrolle	462
	V. Veröffentlichungen	463
§ 150c	Auskunft an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen	463
	I. Regelungsgegenstand.	463
	II. Auskunftersuchen gemäß Absatz 1 von ausländischen Staaten und Stellen, die nicht der EU angehören	464
	III. Behandlung von Auskunftersuchen von Mitgliedstaaten der EU gemäß Absatz 2	465
	IV. Behandlung von Auskunftersuchen von EU-Mitgliedstaaten für nichtstrafrechtliche Zwecke gemäß Absatz 3	466
	V. Verantwortung für die Übermittlung gemäß Absatz 4.	466
§ 150d	Protokollierungen	467
§ 150e	Elektronische Antragstellung	467
	I. Regelungsinhalt	468
	II. Form und Inhalt der Antragstellung	468
§ 151	Eintragungen in besonderen Fällen	469
	I. Regelungsgegenstand.	469
	II. Eintragungspflicht gemäß Absatz 1	469
	III. Eintragung der Unanfechtbarkeit gemäß Absatz 2	470
	IV. Eintragungspflicht bei mehreren Geldbußen gemäß Absatz 3	470
	V. Eintragungen bei Wiederaufnahmeverfahren gemäß Absatz 4 und 5.	470
	1. Wiederaufnahmebeschluss.	470
	2. Wiederaufnahmeentscheidung	470
§ 152	Entfernung von Eintragungen	471
	I. Regelungsgegenstand.	471
	II. Entfernung von gegenstandslos gewordenen Eintragungen gemäß Absatz 1 bis 3	472
	1. Neue Verwaltungsentscheidungen	472

Inhaltsverzeichnis

2. Befristung	473
3. Entfallen der Vollziehbarkeit	473
III. Entfernung von Eintragungen wegen Alters oder Todes gemäß Absatz 4 und 6.	473
IV. Entfernung von Eintragungen über Bußgeldentscheidun- gen gemäß Absatz 5	473
V. Entfernung von Eintragungen über juristische Personen gemäß Absatz 7	474
§ 153 Tilgung von Eintragungen.	474
I. Regelungsgegenstand.	474
II. Tilgung gemäß Absatz 1 bis 4.	475
1. Bußgeldentscheidungen und strafgerichtliche Verur- teilungen	475
2. Tilgungsfrist	475
3. Fristbeginn	476
4. Fristhemmung.	476
III. Überliegefrist gemäß Absatz 5	476
IV. Verwertungsverbot gemäß Absatz 6 und 7	477
§ 153a Mitteilungen zum Gewerbezentralregister	477
I. Regelungsgegenstand.	477
II. Mitteilungspflichtige Stellen	477
III. Umfang der Mitteilungspflicht	478
1. Prüfpflicht der Registerbehörde	478
2. Bußgeldentscheidungen wegen Steuerordnungswid- rigkeiten.	479
3. Berichtigende und ergänzende Mitteilungen.	479
IV. Mitteilungsfrist	479
V. Eintragungspflicht der Registerbehörde gemäß Absatz 2.	479
§ 153b Verwaltungsvorschriften	480
I. Regelungsgegenstand.	480
II. Bestehende Verwaltungsvorschriften	480
§ 155a Versagung der Auskunft zu Zwecken des Zeugenschutzes	481
Stichwortverzeichnis	483